



GEMISCHTER PARLAMENTARISCHER AUSSCHUSS EUROPÄISCHE UNION-CHILE

Gemeinsame Erklärung

XX. Sitzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses Europäische Union–Chilenischer Nationalkongress

Dienstag, 27. Januar 2015

Brüssel, Belgien

Die Delegationen des Europäischen Parlaments und des Chilenischen Nationalkongresses vereinbaren zum Abschluss der XX. Sitzung des Parlamentarischen Assoziationsausschusses Europäisches Parlament – Chilenischer Nationalkongress unter der Leitung ihrer Ko-Vorsitzenden, der Abgeordneten Constanze Krehl und des Abgeordneten Pablo Lorenzini, gemäß der Geschäftsordnung des GPA und gemäß Artikel 9 des im Jahr 2002 unterzeichneten Assoziierungsabkommens EU-Chile folgende

GEMEINSAME ERKLÄRUNG

1. Die Delegationen des Europäischen Parlaments und des Chilenischen Nationalkongresses haben bis zu diesem Zeitpunkt XIX gemeinsame Sitzungen abgehalten. In diesem Zusammenhang heben sie die Rolle des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses als wichtiges Diskussionsforum und Austauschforum zu Themen von gegenseitigem Interesse hervor. Sie bedauern jedoch, dass seit dem Jahr 2013 nicht mehr zwei jährliche Sitzungen dieses Dialogmechanismus abgehalten werden, wie es seit der Einsetzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses gehandhabt wurde.
2. Die chilenische Delegation nimmt das Ergebnis der Europawahl vom 22. bis 25. Mai 2014 gebührend zur Kenntnis und gratuliert den Mitgliedern der europäischen Delegation im GPA zu ihrer Wahl als direkte Volksvertreter der einzelnen EU-Länder. Beide Delegationen bekunden ihren Willen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Seiten weiter zu stärken und mit diesem parlamentarischen Forum einen Beitrag

zu einer wirksamen Umsetzung des Assoziierungsabkommens EU-Chile mit seinen drei Pfeilern zu leisten.

3. Die chilenische Delegation weist auf die Anzeichen für eine Erholung der europäischen Wirtschaft hin, wozu ein moderates Wirtschaftswachstum sowie die Prognosen für 2015 und 2016 gehören, die auf eine stetiges Ansteigen der Binnennachfrage, einen Abbau privater Schulden, eine allmähliche Wiederaufnahme der privaten Investitionstätigkeit und ein langsames Absinken der Arbeitslosenraten auf 9,5 % hindeuten. Des Weiteren wird für 2015 und 2016 ein positives Wirtschaftswachstum in allen EU-Staaten vorhergesagt.
4. Die europäische Delegation hebt die Bedeutung der von Präsidentin Michelle Bachelet eingeleiteten Reformen, insbesondere der Bildungsreform mit ihren vier Pfeilern (Qualität der Bildung, Trennung und Inklusion, freie Bildung für alle und ein Ende der Profitorientierung im gesamten Bildungssystem) hervor. Sie begrüßt das Ziel dieser Reform, nämlich, dass alle Chilenen und Chileninnen Zugang zu einer hochwertigen Bildung bekommen, was durch gemeinsame Anstrengungen und die Solidarität innerhalb der chilenischen Gesellschaft erreicht wird. Gleichermaßen wird auch die im September 2014 in Kraft getretene Steuerreform gewürdigt, mit der für mehr Gleichheit gesorgt werden soll und mit der die für die Finanzierung der Bildungsreform erforderlichen Mittel beschafft werden.
5. Die Delegation des EP weist darauf hin, dass Chile zum fünften Mal den Vorsitz des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen übernommen hat. Dadurch hat Chile einen wesentlichen Beitrag zum internationalen System, zur Achtung der internationalen Verträge (einschließlich der Stabilität der Landesgrenzen und der territorialen Integrität) sowie zur Förderung der Grundsätze eines wirksamen Multilateralismus auf der Grundlage der souveränen Gleichheit der Staaten, der Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und der Demokratie sowie der Förderung des Friedens geleistet.
6. Die chilenische Delegation bringt Ihre Solidarität mit der Europäischen Union und insbesondere mit der Regierung und der Bevölkerung Frankreichs angesichts des internationalen Terrorismus zum Ausdruck, der eine globale Gefahr für unsere Länder und Gesellschaften darstellt. In diesem Zusammenhang bekräftigen beide Delegationen ihren festen Willen, weiter auf bilateraler und multilateraler Ebene beim Kampf gegen den Terrorismus in allen seinen Formen und Ausprägungen zusammenzuarbeiten.
7. Die Mitglieder der europäischen und der chilenischen Delegation betonen ihre hervorragenden politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, wie sie auf allen Ebenen bestehen. Die Handelsströme zwischen beiden Seiten nehmen weiter zu, und die EU ist der drittgrößte Handelspartner Chiles mit einem Anteil von 16 % am gesamten chilenischen Handelsvolumen. Im Zeitraum von 2003 bis 2013 betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum des Handelsaustauschs zwischen der EU und Chile 11 %, wobei die Ausfuhren in die EU jährlich im Durchschnitt um 8 % und die Einfuhren nach Chile um 15 % gestiegen sind. Die künftigen Handelsbeziehungen sollen dazu dienen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und für ein integrativeres Wachstum zu sorgen.

Die EU sollte anstreben, dass der Handelsaustausch mit Chile künftig unabhängig von rückläufigen Konjunktorentwicklungen verläuft.

In diesem Zusammenhang fordern die Delegationen beide Seiten auf, ihr Engagement zu erneuern, was die Suche nach einer Lösung des Vereinbarung über die Schwertfischbestände anbetrifft.

8. Die Delegationen bewerten die Umsetzung des seit zwölf Jahren geltenden Assoziierungsabkommens positiv, da es nach ihrer Einschätzung nicht nur dem Handelsaustausch und der Investitionstätigkeit neue Impulse verliehen hat, sondern auch weil durch das Abkommen die politischen Verbindungen gestärkt wurden und sich eine erfolgreichere Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Lage und der jeweiligen Prioritäten beider Seiten sowie des globalen Kontextes und der Mechanismen entwickeln konnte, damit wirtschaftliche Herausforderungen und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erneut in Angriff genommen werden. Die Delegationen plädieren für eine größere Einbindung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses in die Überwachung der Umsetzung des Assoziierungsabkommens. Sie bekräftigen ihre Forderung, während der nächsten Sitzung des Assoziationsausschusses die vorbereitenden Treffen zu institutionalisieren, die für den Beginn der Verhandlungen über die Überarbeitung des Assoziierungsabkommens erforderlich sind.

Sie bekräftigen ihre entschiedene Unterstützung der Überarbeitung und Aktualisierung des Assoziierungsabkommens mit seinen drei Pfeilern (politischer Dialog, Zusammenarbeit und Handel). Die Delegationen begrüßen die bei der Überarbeitung zu beobachtenden Fortschritte und verweisen dabei insbesondere auf die Vereinbarung, fünf neue Dialoge in den Bereichen Bildung, Energie, soziale Verantwortung der Unternehmen, Sicherheit und Verteidigung sowie KMU und Cluster einzurichten.

9. Die Mitglieder beider Delegationen begrüßen die Ergebnisse der XII. Sitzung des Assoziationsausschusses EU-Chile vom 7. November 2014 in Santiago de Chile und nehmen den jeweiligen Meinungsaustausch zwischen den Vertretern Chiles und der EU in dieser Sitzung über die Fortschritte beim Assoziierungsabkommen in Bezug auf die beiderseitigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Kenntnis. Darüber hinaus würdigen beide Seiten den Beitrag des Abkommens zu einer echten Zusammenarbeit und Abstimmung in den multilateralen Foren in Bezug auf Themen von globaler Tragweite wie die Verteidigung der Demokratie, des Rechtsstaats, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.
10. Die Mitglieder des GPA unterstützen die Ergebnisse des V. Menschenrechtsdialogs EU-Chile vom 17. Oktober 2014 in Santiago de Chile ebenso wie die in dieser Sitzung erörterten wichtigen Themen (Rechte von Frauen, Kindern, LGBTI, indigenen Völkern, Erinnerungskultur sowie Projekte im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit). Sie fordern beide Seiten auf, diesen Mechanismus weiterzuentwickeln, und schlagen diesbezüglich einen Meinungs-, Erfahrungs- und Informationsaustausch sowie den Austausch von bewährten Verfahrensweisen vor und regen die Weiterentwicklung gemeinsamer Programme auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Bedürfnisse an.

11. Die Delegationen nehmen zur Kenntnis, dass Chile nach 20 Jahren der Zusammenarbeit im Rahmen des Instruments der Entwicklungszusammenarbeit ab 2014 kein Empfängerland dieser Entwicklungszusammenarbeit mehr ist. Sie nehmen mit besonderer Genugtuung zur Kenntnis, dass viele der im Zeitraum von 2007 bis 2013 aufgelegten Programme hervorragende Ergebnisse erbrachten und dass mit Erfolg Pilotprogramme in Bereichen wie der Integration von Menschen mit Behinderungen und der Teilhabe der Zivilgesellschaft sowie regionale Innovationsprogramme umgesetzt wurden.
12. In diesem Zusammenhang werden die EU und Chile aufgefordert, weiter an dem Entwurf an einer Kooperationsstrategie in Bereichen von gemeinsamem Interesse zu arbeiten, wie zum Beispiel Bildung und Berufsausbildung von Jugendlichen, Energie, KMU, soziale Verantwortung der Unternehmen, Gesundheit, Regionalpolitik und Dezentralisierung, Verhinderung von Naturkatastrophen oder Programme einer dreiseitigen Zusammenarbeit mit Drittstaaten wie etwa in Bezug auf die Sicherheit in Mittelamerika. Beide Seiten werden außerdem aufgefordert, die Zusammenarbeit im Rahmen von Regionalprogrammen wie Erasmus Mundus+, EUROCLIMA, EurosociAL, LAIF (Bereich Klimawandel), WATERCLIMA oder COPOLAD fortzusetzen. Des Weiteren ergeht die Forderung an beide Seiten, Anreize für die Beteiligung von Frauen an den Kooperationsprogrammen zu schaffen und für Chancengleichheit zu sorgen.
13. Beide Delegationen begrüßen den Beginn der gemeinsamen Arbeit auf der Ebene des zivilen und militärischen Personals der EU und Chiles im Zuge des im Januar 2014 unterzeichneten Rahmenabkommens über die Krisenbewältigung, mit welchem die Beteiligung Chiles an EU-Missionen zur Bewältigung von Krisen und der Erhaltung des Friedens im Rahmen der Vereinten Nationen erleichtert werden und das von Chile demnächst ratifiziert wird. Insbesondere wurde durch das Abkommen der Beitrag chilenischer Streitkräfte zur Operation Althea von EUFOR in Bosnien und Herzegowina ermöglicht, und Chile hat weitere Aufforderungen zur Teilnahme an EU-Operationen in Mali bzw. zur Piratenbekämpfung in internationalen Gewässern erhalten.
14. Die Mitglieder beider Delegationen begrüßen die erzielten Fortschritte bei der Einrichtung des Gemischten Beratenden Ausschusses gemäß Artikel 10 des Assoziierungsabkommens und bekräftigen ihr Interesse daran, dass sich dieser Ausschuss so bald wie möglich formell konstituiert, was nach Möglichkeit im April 2015 zeitgleich mit der nächsten Sitzung des Assoziationsausschusses geschehen sollte, damit der Dialog der Zivilgesellschaften der EU und Chiles gestärkt wird.
15. Die Parlamentarier begrüßen das Ergebnis der IX. hochrangigen Konferenz zwischen der EU und der Gemeinschaft lateinamerikanischer und karibischer Staaten (CELAC) zur Migration, die am 13. November 2014 in Brüssel unter dem Thema „Migration und Entwicklung“ stattfand, damit erreicht wird, dass der Beitrag von Migranten zur Entwicklung möglichst groß ist. Sie erachten es für unumgänglich, einen multidimensionalen Ansatz zu wählen, bei dem verschiedenen Politikbereiche miteinander verknüpft werden, darunter die soziale Integration, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung, und fordern, dass die Rahmenbedingungen der Migration auf der Grundlage der geteilten Verantwortung und des Grundsatzes, Migranten nicht zu kriminalisieren, verbessert werden. Die Parlamentarier begrüßen den Vorschlag, einen Fahrplan zu

entwerfen, mit dem neue Bereiche bestimmt werden, in denen der Dialog im Rahmen der biregionalen Zusammenarbeit vorangetrieben werden kann, und sie unterstützen daher den chilenischen Vorschlag, ein neues biregionales statistisches Kompendium gemäß den Grundsätzen der Inklusion, Teilhabe und Achtung der Menschenrechte zu erstellen.

16. Die Delegationen begrüßen das für das II. Gipfeltreffen EU-CELAC gewählte Thema („Die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft: das Streben nach Gesellschaften mit mehr Wohlstand, Zusammenhalt und Nachhaltigkeit für unsere Bürger“, das vom 10. bis 11. Juni 2015 in Brüssel stattfinden wird. Sie bekräftigen ihren festen Willen, zur Vorbereitung und Entwicklung der Konferenz beizutragen, auf der das Arbeitsprogramm für die kommenden Jahre festgelegt wird. Die Delegationen fordern die Beteiligten auf, eine gleichermaßen ambitionierte und realistische Tagesordnung zu entwerfen, die von den Kenntnissen und Erfahrungen auf der Grundlage der gemeinsamen Prinzipien, Werte, Prioritäten und Bestrebungen profitiert, damit das letztendliche Ziel erreicht wird, nämlich der Aufbau von wohlhabenderen, und gerechteren Gesellschaften.
17. Im Hinblick auf den Klimawandel bekräftigen beide Seiten ihren festen Willen, eine menschliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung mit niedrigem Ausstoß von Treibhausgasen auf der Grundlage einer gemeinsamen und geteilten Verantwortung zu fördern, mit dem Ziel, dass man sich auf der Klimaschutz-Folgekonferenz COP 21 Ende 2015 in Paris auf ein verbindliches globales Übereinkommen einigt, das das Kyoto-Protokoll ablöst und mit dem die Erderwärmung gestoppt wird. Die Delegationen stellen in diesem Zusammenhang fest, dass der am 14. Dezember 2014 am Ende der COP 20 in Lima angenommene Wortlaut vorsieht, dass alle teilnehmenden Staaten den Vereinten Nationen im Laufe des Jahres 2015 mitteilen, zu welcher mengenmäßigen Reduzierung von Treibhausgasen sie sich verpflichten wollen. Auch wenn die in Lima getroffene Vereinbarung nicht so ambitioniert ist, wie man gehofft hatte, wird sie von den Delegationen als guter Fahrplan in Richtung COP 21 betrachtet.
18. Beide Delegationen stufen das Ergebnis des 3. Forums der Vereinten Nationen zu Unternehmen und Menschenrechten, das vom 1. bis 3. Dezember 2014 in Genf stattfand, positiv ein. Sie begrüßen das hohe Maß an übereinstimmenden Auffassungen zwischen der EU und Chile in Bezug auf die Strategien zur Eindämmung der Auswirkungen von Unternehmen auf die Menschenrechte. Sie begrüßen ferner die Ankündigung Chiles, einen nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Unternehmen und Menschenrechte auszuarbeiten. Die Delegationen unterstützen nachdrücklich die Annahme eines völkerrechtlich verbindlichen Vertrags über Unternehmen und Menschenrechte und fordern beide Seiten auf, eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung und den Verhandlungen zu spielen. Sie bekräftigen ihre Forderung, dass auf dem II. Gipfeltreffen vom 10. bis 11. Juni 2015 in Brüssel die Ausarbeitung der politischen Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Verantwortung von Unternehmen in allen Ländern weiterhin in besonderem Maße unterstützt wird.
19. Die Delegationen bekräftigen ihr nachdrückliches Eintreten für die Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015. Nach ihrer Meinung muss der Schwerpunkt des neuen Rahmens für Entwicklung auf der Beseitigung der Armut und auf einer nachhaltigen Entwicklung liegen, wobei man sich nicht allein auf fehlende Einnahmen beschränkt, sondern die multidimensionalen Aspekte der Armut und der Ungleichheit berücksichtigt werden. Die

Delegationen betonen des Weiteren, dass die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen, der Zugang zu hochwertiger Bildung und Gesundheitsversorgung für alle Menschen, eine effiziente Nutzung von Ressourcen, die Teilhabe von Frauen, der Klimaschutz und die Friedenskonsolidierung unabdingbare Voraussetzungen für den Erfolg der Agenda für die Zeit nach 2015 sind.

20. Die Delegation des Europäischen Parlaments gratuliert der Pazifik-Allianz zu den bislang erzielten positiven Ergebnissen seit ihrer Gründung vor drei Jahren, und sie hebt hervor, dass Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru beträchtliche Fortschritte bei der Integration der Wirtschaft und des Handels durch die Umsetzung von politischen Maßnahmen auf der Grundlage des freien Verkehrs von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital erzielt haben, was ein Weg ist, um größeren Wohlstand und eine bessere soziale Integration für die Bürger der jeweiligen Länder zu erreichen.
21. Zum Zweck der Intensivierung und Potenzierung der parlamentarischen Arbeit vereinbaren die Delegationen, Seminare und Arbeitstreffen zu Themen von gemeinsamem Interesse im chilenischen Kongress und dem Europäischen Parlament durchzuführen.
22. Die Delegationen bekräftigen ihre Absicht, ihre Geschäftsordnung mit dem Ziel zu ändern, zwei jährliche gemeinsame Sitzungen abzuhalten, wie es seit der Einsetzung des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses gehandhabt wurde. Sie sind der Ansicht, dass die Abhaltung von zwei jährlichen Sitzungen es ermöglicht, einen wirksamen Beitrag des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses zu der Arbeit der übrigen Gremien der Assoziation, insbesondere des Assoziationsausschusses und des Assoziationsrates, zu gewährleisten.
23. Die Delegationen vereinbaren ihre nächste Sitzung für das zweite Halbjahr 2015 in Chile.

Unterzeichnet in Brüssel am 27. Januar 2015

**Delegation des Europäischen Parlaments
im Gemischten Parlamentarischen
Ausschuss EU-Chile**

**Delegation des Nationalkongresses Chiles im
Gemischten Parlamentarischen Ausschuss
EU-Chile**

Constanze Krehl
Vorsitzende

Pablo Lorenzini
Vorsitzender